

Änderungsantrag

der Abgeordneten Andrea Lederer und der Gruppe der PDS/Linke Liste

zur zweiten Beratung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 1993

— Drucksachen 12/3000 Anlage, 12/3541, 12/3514, 12/3530, 12/3590, 12/3591 —

hier: Einzelplan 14

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Die folgenden Titel, Titelgruppen und Kapitel des Einzelplanes 14 werden ersatzlos gestrichen:

Kapitel	Titel	Bezeichnung	Höhe der Einsparungen (in Mio. DM)
14 01	531 02	Öffentlichkeitsarbeit	5,7
	535 05	MAD-Zuwendungen	6,7
	441 01	Beihilfen für WHNS	255,0
14 02	Tgr. 04	WHNS-Kosten	64,34
	539 03	Nachwuchswerbung	22,4
14 03	Tgr. 02	Kosten für Truppenübungen	187,0
	Tgr. 04	Militärgeographische Unterlagen	17,25
	Tgr. 07	Militärische Ausbildung im Ausland	161,0
14 12	276 01	US-Stützpunkt Garlsstedt, NATO- Flugplatz Giebelstadt, NATO- Truppenübungsplatz Bergen	0,60
	286 01	Giebelstadt/Garstedt	20,0
	286 02	NATO-Übungsplatz Bergen	20,0
	286 04	AWACS-Aufklärung Geilenkirchen	22,0
	821 03	Liegenschaften gem. WHNS	9,5
	556 18	Anteile an NATO-Infrastruktur	135,0
	558 99	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	85,0
	Tgr. 01	Große Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	1 660,0

Kapitel	Titel	Bezeichnung	Höhe der Einsparungen (in Mio. DM)
14 14	553 01	Militärische Beschaffungen,	
	bis 554 04	Anlagen usw.	1 028,0
14 15	553 03	Erhaltung der Munition und Ersatz von Munitions- einzelteilen	60,0
	553 04	Erhaltung des Fahrzeug- und Kampffahrzeugmaterials der Streitkräfte	1 220,0
	554 01	Beschaffung von Fahrzeugen für die Streitkräfte einschließlich des Zubehörs ausgenommen Personenkraft- wagen	300,0
	554 02	Beschaffung von Kampffahr- zeugen	800,0
	554 03	Beschaffung von Fahrzeugen ohne „zivile“ Pkw	25,0
	554 04	Beschaffung von Munition	1 510,0
	554 05	Beschaffung von Feldzeugmat.	750,0
14 17	553 01	Militärische Beschaffungen,	
	bis 554 01	Anlagen usw.	98,0
	Tgr. 01	streitkräftespezifische Daten- verarbeitung	147,0
14 18	553 01	„Erhalt“ von Schiffen	440,0
	554 01	Beschaffung von Kriegs- schiffen	1 100,0
14 19	553 01	„Erhalt“ von Flugzeugen ca.	1 100,0
	531 01	Kosten Flugzieldarstellung	81,0
	554 01	Beschaffung von Flugzeugen usw.	815,0
	554 02	Beschaffung MRCA („Tornado“)	280,0
14 20	551 11	Wehrtechnische Forschung und Technologie	520,0
	551 16	Entwicklung MRCA	133,5
	551 17	Wehrtechnische Entwicklung und Erprobung von Führungs- systemen	45,0
	551 18	Entwicklung „Jäger 90“	830,0
	Tgr. 01	Deutsche Forschungsanstalt für Luft- und Raumfahrt	62,0
	Tgr. 02	Fraunhofer-Gesellschaft	58,88
	Tgr. 03	Forschungsgesellschaft für Angewandte Naturwissen- schaften	45,33
	Tgr. 04	Deutsch-französisches Forschungsinstitut St. Louis	38,42
14 22	533 03	Tagungen, Lehrgänge und Sprachausbildung im Rahmen der NATO und WEU	1,0

Kapitel Titel	Bezeichnung	Höhe der Einsparungen (in Mio. DM)
671 01	Betrieb/Wartung NATO-Kraftstoffleistungen	52,0
686 01 bis 13	Beiträge für NATO-Militärhaushalt, Infrastruktur, Kommandostäbe und Jäger 90	458,065
Tgr. 01	Beiträge für NATO-Infrastruktur	580,0
Tgr. 03	Beiträge für AWACS-Aufklärung	138,2
Gesamtsumme der Einsparungen aus Epl 14		15 665,885

2. Für Verteidigung und verteidigungsrelevante Vorhaben werden keine neuen Verpflichtungsermächtigungen beschlossen.
3. Die freiwerdenden Mittel werden einem noch zu schaffenden Konversions- und Entmilitarisierungshaushalt zugeführt. Die Bundesregierung wird beauftragt, hierfür einen Gesetzentwurf vorzulegen.
4. Es ist zu prüfen, welche Ausgaben in welchem Zeitrahmen in einen Konversionshaushalt überführt werden können.

Bonn, den 23. November 1992

Andrea Lederer
Dr. Gregor Gysi und Gruppe

Begründung

Aus der Struktur des Entwurfs des Verteidigungshaushalts 1993 lassen sich Reaktionen auf die friedenspolitische Lage noch nicht erkennen. Sowohl bei den investiven wie bei den Betriebsausgaben herrschen noch die traditionellen Konzeptionen und Vorgaben vor, es fehlen friedenspolitisch wirksame tiefgreifende Einschnitte.

Bei den zu streichenden Posten handelt es sich um Ausgaben/Einnahmen, die der Erhaltung und der Steigerung des Kampfwertes der Bundeswehr dienen und die Umstrukturierung vorbereiten sollen. Die unzureichende Informationspolitik des Ministers zur Umstrukturierung und den Leitlinien für die Bundeswehrplanung 1994 erschwert dem Parlament gleichzeitig eine Einschätzung, aufgrund welcher Kriterien die Rüstungsplanung beibehalten und weiterentwickelt wird.

Die im Frühjahr 1992 groß angekündigten Einsparungen im Bereich der militärischen Beschaffungen werden der Forderung nach tiefgreifenden Einschnitten nicht gerecht. Sie haben weniger mit Abrüstungsbereitschaft zu tun als mit der Tatsache, daß viele Großprojekte jetzt auslaufen und die Ausgaben in diesem Bereich deshalb geringer werden. Was bis jetzt an Kürzungen und Ausgabenumschichtungen vorgeschlagen wurde, wurde ausdrücklich

mit angeblich notwendiger Neuorientierung der neuen interventionistischen Strategie der NATO, der WEU und der Bundeswehr orientiert.

Ein Abrüstungskonzept erfordert gerade an dieser Stelle erste, drastische Einschnitte, durch die eine Entmilitarisierung und eine Konversion eingeleitet werden könnte und die Remilitarisierung der bundesdeutschen Außenpolitik unmöglich gemacht wird. Es geht nicht nur darum, keine Mark für die alten Bedrohungen auszugeben, wie der Bundesminister der Verteidigung zutreffend bemerkt hat, sondern auch keine für vermeintliche Risiken und Gefährdungen.

Die Bundesrepublik Deutschland als Waffenkäufer und als einer der größten Exporteure von Rüstungs- und rüstungsrelevanten Gütern kann sich nicht aus der gesamtgesellschaftlichen Verantwortung für den Militarisierungsgrad der bundesrepublikanischen Gesellschaft drücken. Konversion und Entmilitarisierung erfordern einen überregionalen Strukturwandel, den die Betroffenen in den Regionen, in den Gemeinden und in den Betrieben nicht bewältigen können. Um diese Abrüstungsprozesse zu unterstützen und den Kriegsmitteln im Lande selbst den Boden zu entziehen, bedarf es der Unterstützung durch den Bund. Die Lösung für die friedenspolitisch anstehenden Probleme ist die Schaffung eines Konversions- und Entmilitarisierungshaushaltes, der die Mittel für den Konversionsprozeß von der betrieblichen bis zur gesamtgesellschaftlichen Ebene zur Verfügung stellen soll. Dazu ist es notwendig, zur Unterstützung der Betroffenen und der Akteure des Entmilitarisierungsprozesses die Friedens- und Konfliktforschung zu fördern. Darüber hinaus besteht ein Bedarf an der Förderung der Erforschung von friedlichen Konfliktlösungsmechanismen und der Weiterentwicklung der Konzeption einseitiger Abrüstungsschritte.

Der Schwerpunkt des Antrages liegt auf den investiven Ausgaben. Dies ist begründet mit der gegenwärtigen quantitativen Reduzierung der Bundeswehrstärke auf 370 000 Mann. Angesichts der sicherheitspolitischen Lage ist diese Zahl schon heute anachronistisch.

Die vorgeschlagenen Einsparungen dienen der Einrichtung eines Konversions- und Entmilitarisierungshaushaltes. Spätere Kürzungen werden ebenfalls diesem Einzelplan zugeführt.